

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1918**

596 (23.12.1918) Abendblatt

# Badischer Beobachter

Verlagspreis vierteljährlich:  
 In Karlsruhe durch Träger Nr. 455.  
 (b. d. Geschäftsstelle monatl. Nr. 1,20)  
 auswärts (Deutschland) durch die  
 Post Nr. 5. — ohne Bestellgeld;  
 Ausland durch Post oder Kreuz-  
 band. Der Einschreibenspreis jeder  
 Ausgabe beträgt 10 Pf.  
 Fernsprecher Nr. 535

Anzeigenpreis:  
 Die achtb. Kolonnenzeile 25 Pf. (Me-  
 ssen 20, 1,20, je mit 30% Erhöhung  
 zuzüglich. Bei Wiederholung Nachschlag  
 nach Tarif. — Anträge werden  
 alle Anzeigenredaktionen. — Schluß der  
 Anzeigenannahme vorm. 4 1/2 Uhr  
 v. m. nachm. 4 1/2 Uhr.  
 Postfach: Karlsruhe 4844

Verlagsort und Verlag der Badenia N. G. für Verlag und Druckerei  
 Karlsruhe, Adlerstraße 42, Albert Hofmann, Direktor

Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben  
 Beilagen: Je einmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Cicero und Witten“;  
 „Blätter für den Familienkreis“ und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft“

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Familien: Th. Meyer;  
 für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wahl für Anzeigen und Messungen;  
 A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

**Versteigerung.**  
 am 24. Dezember, findet  
 ab in der neuen Kaserne  
 des Depot Durach Pferde

**Pferde**  
 Schlachts zur Versteigerung.  
 Diejenige überhand der Verkauf  
 derart zu lassen werden  
 die sich im Besitz einer roten  
 befinden.  
**pot 14. A. & Durlach.**  
**zer-Käse.**  
 und beträgt Nr. 2.60 (nicht  
 davon aufmerksam, daß der  
 bereits ab Sonntag, den  
 1918.  
 der Stadt Karlsruhe.

**Wissler's**  
 für Küche und Haus  
 Wieserstrasse 37.  
 marken.

## Die Entente und die deutschen Kolonien.

Die Neuheit der Dinge brachte kürzlich eine Meldung aus Paris, nach der in London zwischen England, Italien und Frankreich ein Abkommen geschlossen worden sei, in welchem die drei genannten Staaten sich u. a. über eine Aufteilung der deutschen Kolonien geeinigt hätten. Die Information, die wir hier von unserem auf unterrichteten holländischen Gewährsmann erhalten, lassen diese Meldung der Neuheit des Wortes im Kern als zutreffend erscheinen. England, Frankreich und Italien werden verhandeln, auf der Friedenskonferenz ihren Einfluß im Sinne des Londoner „Abkommens“ geltend zu machen. In fiktiven amerikanischen Kreisen scheint jedoch das Bestehen der Verhandlungen, sich über die endgültigen Bedingungen ohne Mitwirkung der Vereinigten Staaten zu einigen, großes Mißfallen erregt zu haben, zumal diese Einigung auf einer Grundlinie erfolge, die mit den 14 Millionen Punkten nicht mehr zu vereinbaren ist. Was insbesondere die Kolonialfrage anbelangt, so halte Wilson auch heute noch an seinem Standpunkt fest, daß sie durch eine Aufteilung des deutschen Kolonialbesitzes unter die Erstanten nicht gelöst werden könne. Unter Gewährsmann berichtet weiter, daß man es in amerikanischen Kreisen nicht versteht, wie das deutsche Volk sich zur Zeit anfeindend nur mit imperialistischen Träumen beschäftigt, so wichtig die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und die baldige Bildung einer aktionsfähigen Regierung an und für sich auch sei. Trete hierin nicht bald eine Aenderung ein, so werde es Wilson kaum möglich sein, bei der Regelung der Kolonialfrage seine Grundzüge, die ja auch Deutschland zugute kommen, zur Geltung zu bringen. Unter holländischer Gewährsmann selbst ist der Ansicht, daß das derzeitige passive Verhalten der deutschen Regierung zum Schaden Deutschlands nur den Eindruck erwecken könne, als ob man deutscherseits auf den künftigen Besitz von Kolonien überhaupt keinen Wert mehr lege.

Auch das ist eine schätzbare Begleiterscheinung der gegenwärtigen bei uns herrschenden Zustände, daß wir uns vor lauter „neuem Geist“ im Inneren nicht mit dem Mernotwendigsten in der äußeren Politik beschäftigen können. Wir sind in aller Form daran, den Gaul am Sporn anzuknüpfen. Man läßt sich uns vielfach außer acht, daß zwar eine gründliche Neuordnung aller Verhältnisse eine formale Umwälzung auf vielen Gebieten als Voraussetzung der Erhaltung u. der Erneuerung notwendig war und unbedingt kommen mußte und auch gekommen wäre, daß aber eine russische Revolution mit u. russischen Revolutionsformen im deutschen Volk weder notwendig war, noch irgendwie volksfremd werden konnte und kann. Diese letztere, die einen für das deutsche Volk niemand bestimmden Mannes an ordnlichen Ideen befindet, ist dem deutschen Volk von fremden, nicht deutschen Elementen aufgedrückt und verdrängt worden, bis mit dem zu beschließen, was das Mernotwendigste wäre, mit dem Frieden und der zukünftigen Stellung des Reiches unter den Völkern. Wie ein schwerer Alpdruck das auf dem deutschen Volk, was uns unter russischer Herrschaft die radikalen Revolutionäre aufgedrückt haben. Selbst die Amerikaner werden ungeduldig darüber, daß das deutsche Volk infolge dieser Vorstände nicht einmal die hellen und dunklen Seiten kennt, die Amerika ihm entgegenzuführen geneigt wäre. Gestalt der Kolonialfrage, umso entscheidender müssen wir auf die Nationalversammlung hinwirken, damit das deutsche Volk, dem durch die verfehlte und unrichtige Form der an sich notwendigen Neuordnung die Hände gebunden sind, wieder Selbstbestimmtheit bekommt und sich mit dem bestmöglichen Kern, was das Dringende ist, mit der Schaffung des Friedens und einer Neuordnung der Verhältnisse des deutschen Volkes nach außen, die uns eine Entwicklungsmöglichkeit für die Zukunft verschafft. Wer das deutsche Volk daran hindert, was ein Volk oder ein gefährlicher Ideologe sein, ein Deutscher ist er nicht!

## Waffenstillstand und Friedensverhandlungen.

Die Internierung Madeniens.  
 Wien, 18. Dez. Madeniens wohnt im Schloß des Grafen Radislaus Karolyi in der Gegend bei Budapest. Die Wiener Presse kritisiert aufs schärfste die Internierung.

Ein Norweger gegen die englisch-französische Madepolitik.  
 Christiania, 21. Dez. (W. T. B.) Eine neue norwegische Tageszeitung, das Organ des norwegischen Arbeiterbundes, Nationen behandelt in einem bemerkenswerten Artikel den Unterschied zwischen Wilsons Friedensidealen und den Kaiserlichen Lloyd Georges und Clemenceaus, die darauf ausgingen, das deutsche Volk noch Auslieferung aller Kolonien, der ganzen Kriegsflotte u. wahrheitsgemäß auch der Handelsflotte im Jahrzehnte zum Frondeinst für die Entente zu zwingen, also zu Sklaven zu machen. Das Blatt fragt, wie sich dies mit den amerikanischen Idealen vereinigen ließe und meint, Centrale, die während des ganzen Weltkrieges begeisterte Anhänger der Ententeidee gewesen wä-

ren, läßen mit Enttäuschung und Selbstbewußt dieser Dohlsicht der Sache entgegen, in welcher der Völkerverbund untergehen müsse. Der Artikel wendet sich ausschließlich in idiosyncratischen Worten gegen die englische Flottenpolitik, die England zur alleinigen Seeherrschenden Weltmacht machen wolle. Wenn England dem Völkerverbund nicht treue, ohne einen englischen Völkerverbund, so stelle es damit die anderen Staaten vor die bittere Notwendigkeit, ihrerseits ein möglichst starkes Meer als ihren Völkerverbund aufzustellen.

**Eine Erinnerung.**  
 Berlin, 21. Dez. (W. T. B.) Die Wucht des Sieges und die ausgesprochene Absicht der Entente, Deutschland mit Lebensmitteln zu unterfüttern, wird von der Ententepresse wie ein einziger dastehender Akt der Großmut und Gnade gefeiert. Nichts ist da, die Entente daran zu erinnern, wie die Deutschen das gleiche mit größtmöglicher Bereitwilligkeit den Franzosen taten, indem sie im Februar 1871 nach der Kapitulation von Paris die ausgehungerte Bevölkerung der französischen Hauptstadt Kanellens und reichlich mit Lebensmitteln versahen. Jules Favre stand beim Zusammentreffen mit Bismarck diesem unumwunden, daß man mit der Kapitulation der Hauptstadt zu lange gewartet habe, tatsächlich bis zur völligen Erschöpfung der Lebensmittel, so daß die Bevölkerung unmittelbar vor der Hungertodesgefahr stehe, wenn der Sieger nicht von seinen Vorräten Unterstützung erwähre. Bismarck war sofort bereit und wandte sich an Nolte, der die Generalintendantur der Armee amies, unerschrocken alle gegen entbehrenden Vorräte der Truppen an Paris abzugeben und die beschleunigte Heranführung von soeben dem Vieh und weiteren Vorräten zu veranlassen. Der Generalintendant verweigerte, daß jedes Korps sofort 1000 Zentner Weizen abgeben müsse. König Wilhelm gab den ausbrechenden Befehl, die für Paris bestimmten Transportzüge ohne Aufenthalt mit Getreide jeder Gleichrichtung sofort passieren zu lassen. Dadurch wurde erreicht, daß bereits wenige Tage nach Abschluß des Waffenstillstandes 17 000 Zentner Weizen und 9 000 Zentner Reis auf den Bahnhöfen von Goussy Goussyville und Mitz für die Pariser bereit standen. Im Vergleich mit Deutschlands heutiger schwerer Lage war die damalige Not der Pariser verhältnismäßig leichter und vor allem ein kurzfristiges Unglück, denn schon während der Belagerung der Pariser die neue französische Regierung die Herbeiführung von Vorräten über Dieppe. Es kam für die Deutschen nur darauf an, den Pariser bis zur Ankunft der Vorräte durchzubringen.

## Die amerikanische Friedensdelegation.

Bern, 21. Dez. (W. T. B.) Laut Pariser Zeitungen hielt gestern die amerikanische Friedensdelegation die erste ihrer Zusammenkünfte ab, die sie täglich mit der amerikanischen Presse haben wird. Nur die beglaubigten Vertreter amerikanischer Zeitungen werden zugelassen. Die Zusammenkünfte beweisen den festen Entschluß Wilsons, für Amerika die Friedensverhandlungen im vollen Lichte zu führen. An den Zusammenkünften nehmen etwa 10 der größten amerikanischen Zeitungen, neben Randolph, dem Obersten Howe, Whiat und General Whit teil.

## England und Deutsch-Südafrika.

Port-Louis, 16. Dez. (W. T. B.) Lauter, Minister Dewett erklärte auf dem Kongress der Diamantgräber: Die britische Regierung beabsichtigt, Deutsch-Südwestafrika der Regierung der Union anzuschließen. Diese sollte auch darüber zu Rate gezogen werden, was mit Deutsch-Südafrika zu geschehen habe.

## Die Anhebung der Preise und der Notfreiheit in Frankreich.

Bern, 21. Dez. (W. T. B.) In der Humanität projiziert Cahin gegen die Anhebung der Preise und Notfreiheit in Frankreich, wo man durch Penur und Belagerungszustand alle freibürgerlichen Verbindungen zu zerbrechen sieht. Dieser Zustand ist unerträglich und gefährlich. Das Geheimnis, mit dem die Regierung ihre verhänglichen Pläne umgibt, werde jeden Tag durch neue Indiskretionen entlarvt und trage nur dazu bei, alle freibürgerlichen Elemente Frankreichs vollends zu entören. Nach dem Zusammenbruch des deutschen Militarismus stellen die französischen Chauvinisten durch ihre Forderungen den unbereitbaren Sieg in Frage. Nur die Arbeiterführer, einige Republikaner und Intellektuellen verbleiben in den alliierten Ländern die Wilsonschen Grundzüge. Es wird daher ganz dringend notwendig, daß die französischen Arbeiter sich anziehen, sich durch eine methodische und geordnete Agitation zu verteidigen. Wenn sie sich jetzt ihren Kameraden in England nähern können, so wäre die Wirkung noch größer und sicherer. In der letzten Stunde versuchen die militärisch betragten Völker inmitten unerminderter Schwierigkeiten und Kertümmern im eigenen Lande die sozialistische Republik zu errichten. Es wäre wahrlich ein unerträgliches Paradoxon, wenn wir in Frankreich unträge und nachlos dem Fortschritt der Reaktion beibehalten müßten, die täglich der Tod unserer geliebten und das Ende unserer Partei schamlos ankündigt.

## Im neuen Deutschland.

**Die deutsche Industrie und die Wirtschaftslage.**  
 Mannheim, 22. Dez. Der geschäftsführende Aufsicht des Verbandes Süddeutscher Industrieller nahm in seiner letzten Sitzung zur gegenwärtigen Wirtschaftslage Stellung und nahm eine Entschloßung an, in der es heißt: „Man scheint vielfach in Deutschland die gegenwärtige Lage unseres Vaterlandes noch nicht recht erkannt und erfährt zu haben. Man schreibt zur Durchführung sozialer Maßnahmen und erörtert die Vermittlung von Theorien auf wirtschaftlichen Gebiete, als ob Deutschland die Hegemonie der Welt beäße und auf dem Weltmarkt konkurrenzlos dastünde, während es sich doch in einer sehr idiosyncratischen Lage befindet und sein ganzes wirtschaftliches Leben wieder neu aufbauen muß. Der Verband weißt deshalb darauf hin, daß der Industrie die Umstellung ihrer Betriebe auf eine geregelte Friedensarbeit unmöglich gemacht wird, wenn nicht sobald als möglich in Deutschland wieder einheitliche, auf geschäftlicher Grundlage beruhende Verhältnisse geschaffen werden und wenn nicht bei den unter Wirtschaftlichen bestehenden Maßnahmen auf die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie gegenüber dem Ausland gebührende Rücksicht genommen wird. Dem Wettbewerb mit dem Ausland müsse die deutsche Industrie unterliegen, wenn sie bei kürzerer Arbeitszeit, wie das Ausland, höhere Löhne zahlen und größere soziale Lasten tragen müsse bei gleichzeitiger starker steuerlicher Belastung.“

**Kurt Eisner schafft die neue Zeitung.**  
 München, 20. Dez. (W. T. B.) Unter der händigen Mitarbeit von Kurt Eisner erscheint in München ein neues Blatt der unabhängigen sozialistischen Partei. Es nennt sich Neue Zeitung. Kurt Eisner sagt in seinem Geleitwort in der ersten Nummer u. a.: „Im heutigen Pressegewerbe läuft alles darauf hinaus, im Interesse dieser oder jener Kreise oder herrschenden Klasse durch die Erzeugung von Vorurteilen das Publikum zu betäuben. (1) In dem Namen Neue Zeitung verbirgt sich ein doppelt bedeutungsvoller Sinn. Neue Zeitung, das ist sowohl die Stunde einer neuen Zeit, als auch ein neuer Begriff der Presse.“

## Ans einer Rede des mehrheitssozialistischen Abgeordneten.

Berlin, 23. Dez. In einer Wählerversammlung der Mehrheitssozialisten sollte Scheidemann sprechen. Er war aber durch dringende Vorbereitungen zu der am 6. Januar in der Schweiz stattfindenden Sozialistenkonferenz verhindert. An seiner Stelle sprach Reichstagsabg. Schöpslin. Die Sozialdemokraten wollen nicht die Herrschaft einer Klasse, sie brauchen die Mitarbeit der anderen Parteien und weisen diejenigen zurück, welche der Diktatur des Proletariats das Wort reden. Er wandte sich besonders auch gegen die Drohung des preussischen Kultusministers Hoffmann, das Proletariat werde die Nationalversammlung auszulöschen, wenn die Wahlen keine sozialistische Mehrheit ergäben.

## Die beiden sozialistischen Parteien.

Berlin, 23. Dez. (W. T. B.) Mitglieder der beiden sozialistischen Parteien hatten für gestern aus dem Felde zurückkehrende Parteigenossen eingeladen, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich über die politischen Vorgänge zu unterrichten, die sie in der Heimat während ihrer Abwesenheit im Parteileben abgepflegt haben. Eduard Bernstein sprach über die Einigkeit. Die Unabhängigen haben durch ihr Zusammengehen mit den Mehrheitssozialisten in der Regierung den ersten Schritt zur Verständigung getan. Die Situation sei jetzt ganz anders, wie vor dem Kriege. Jetzt müsse der Parteivorstand begraben werden. Das, was die ursprüngliche Parteimehrheit und die Unabhängigen getrennt habe, sei durch die revolutionären Ereignisse zum großen Teil verfallen. Die Spartakuspolitik treibe eine elende Politik.

## Der Frankfurter Zeitung wird von Berlin u. a. geantwortet.

Es kann nach den Vorträgen kein Zweifel bestehen, daß der Akt zwischen der alten Sozialdemokratie und den Unabhängigen ein dauernder sein wird. Nur wer sich zu diesen Unabhängigen künstlich noch zählen will, mag fraglich erscheinen, und aus den Verhandlungen der letzten Tage muß man den Eindruck gewinnen, daß sich Saale und Dittmann von der radikalen Gewerbe lösen werden. Vorh und Ledebour scheinen die Führung der Unabhängigen übernehmen zu wollen und nach den Vorwürfen, die Ledebour heute auf den Rat der Volksbeauftragten häufte, auf diese Männer, die die Revolution verraten und diskreditiert hätten, muß man wohl schließen, daß Barth am längsten zu der gegenwärtigen Regierung gehört haben wird. Eine Klärung muß innerhalb der Regierung bald erfolgen, nachdem die Friedenskonferenz selbst zu klaren Beschlüssen gekommen ist und zwar in allen wichtigen Fragen mit überwiegender Mehrheit. Der mehr oder weniger unabhängig gefärbte Berliner Volkswirtschaftsrat ist befeitigt worden und an seine Stelle ist ein Zentralrat für das Reich getreten, der sich aus 27 Mitgliedern der alten sozialdemokratischen Partei, darunter bekannten Führern dieser Partei, zusammensetzt. Auf diesen Zentralrat kann sich künftig das Kabinett der Volksbeauftragten stützen und man sollte daraus schließen, daß die Regierungshandlungen künftig einheitlicher und entschiedener sein werden als bisher.

## Unabhängige Revönl Oberlesien.

Wreslan, 20. Dez. (W. T. B.) Die oberste Instanz der Zentrumspresse enthielt in ihrer Ausgabe vom 18. Dezember eine übereinstimmend lautende Erklärung, die zur Bildung einer unabhängigen Republik Oberschlesien unter der Ga-

rantie von Deutschland, Polen und dem tschechischen Staat auffordert. Hierzu ertheilt das polnische Katowitzer Blatt Gazeta Ludowa vom 20. Dez. mit, daß von den Anhängern dieser Idee bereits drei Abgeordnete nach Prag geschickt worden seien, um mit Masaryk zu verhandeln. Dieser habe ihnen erklärt, daß die Tschechen Anspruch auf Teile Oberschlesiens machten, aber einer Revönl Oberlesien sympathisch gegenüberständen. Alles hänge von der Entente ab. Er habe einen Kurier nach Paris geschickt, um über diese Frage Bericht zu erstatten.

## Energetischer Einspruch gegen den Beschluß auf Ablegung der Orden und Ehrenzeichen.

Berlin, 22. Dez. (W. T. B.) 8 000 Unteroffiziere, Deckoffiziere u. m. in Kiel haben durch eine Abordnung beim Kommandeur von Kiel, Riese, Einspruch gegen den Beschluß des Rätekongresses bezüglich der Ablegung der Abzeichen, Orden und Ehrenzeichen abgeben und haben Unterstützung von ihm in der Regierung verlangt, daß diese Beschlüsse nicht zur Durchführung kommen. In Kiel herrscht große Erregung gegen den Beschluß des Rätekongresses.

## Baden.

### Ein bedeutungsvoller Erlaß des Finanzministers an die Beamten.

Der badische Finanzminister Dr. Wirth hat den folgenden Erlaß an alle Beamten seines Ressorts gerichtet:  
 Die Zeit ist gekommen, in der die bei Beginn des Krieges oder im Laufe desselben in den Seeres u. m. Dienst eingetretenen Beamten und Bediensteten in die Heimat und in ihre früheren Dienststellen zurückkehren. In dankbarer Würdigung dessen, was sie für das Vaterland geleistet haben, werden sie auch von ihren früheren Vorgesetzten und Mitarbeitern willkommen geheißen und begrüßt werden.  
 Die Wiedereröffnung an ihre frühere Tätigkeit wird den Zurückgekehrten nicht immer leicht werden; ihre Spannkraft und ihre Arbeitsfähigkeit werden vielfach beeinträchtigt sein durch die Auswirkungen der Aufregung, Anstrengungen und Entbehrungen im Kriege, auch durch Verwundungen, die sie erlitten, oder durch körperliche Leiden, die sie sich zugezogen haben.  
 An die in ihren Dienststellen verbleibenden Beamten müßten während des Krieges Anforderungen gestellt werden, die über das in Friedenszeiten übliche Maß weit hinausgingen und denen sie nur auf Kosten ihrer infolge der Ernährungs- und Ernährungsbedingungen abnehmenden Gesundheit und zum Nachteil ihrer Nerven gerecht werden konnten. Dazu kamen bei sehr vielen die Sorgen um im Felde lebende oder in Gefangenschaft geratene Angehörige, tiefschmerzliche, schmerzliche Verluste in der engeren oder weiteren Familie und andere Aufregungen (z. B. an den durch feindliche Flieger herbeigeführten Orten), die getragen werden mußten. Die Leistungen der Genannten verdienen deshalb um so mehr volle Anerkennung.  
 Wir erwarten, daß alle Vorgesetzten die Verhältnisse bei der Beurteilung der Leistungen ihrer Untergebenen berücksichtigen, daß sie die Leistungen, welche aus der Erfahrung der Dienstjahre und ihrer Stellung als Vorgesetzte, mit Milde und Güte behandeln und daß sie im Verkehr mit ihnen auch dem Geiste der neuen Zeit entsprechende Rechnung tragen. Wir erlauben, dies allen Beamten und Bediensteten zu empfehlen.  
 gez.: Wirth.

### Dazu wird dem K. L. geschrieben:

Diese Anordnung des Ministers ist vom Geiste der neuen Zeit durchdrungen; sie ist ein schönes Zeugnis bei der Beurteilung der Leistungen ihrer Untergebenen. Der Schwerpunkt liegt in der Aufforderung des Ministers an die Vorgesetzten, im Verkehr mit den Untergebenen auch dem Geiste der neuen Zeit Rechnung zu tragen. Deshalb hat diese Anordnung programmatischen Charakter und bezieht den so notwendig gewordenen Entschlußwechsel im Ressort des Finanzministers. Denn solche Worte hat man bisher von dieser Stelle aus nie gehört. So kommt es, daß der neue Minister seinen Beamten in der kurzen Zeit seiner Tätigkeit menschenähnlicher näher getreten ist, als seine Vorgänger in langen Jahren. Und dies gewiß nicht zum Nachteil des Dienstes.

### Eine hohnsatte Leistung.

Die Mannheimer Volksstimme bringt in Nr. 344 vom 20. Dezember einen Artikel mit der Überschrift „Der Zimmerberg à la Bismarck“, indem sie sich über die parteipolitischen Vorgänge bezüglich der Vereinigung zwischen Nationalliberalen und Demokraten äußert. Wir wollen unsern Lesern davon einige Proben geben. Die Volksstimme hat das Bild des Sturmes gewählt, der den Nationalliberalen nicht bloß das „Dach über dem Kopfe fortgetragen“, sondern auch die Wände ihres Parteihauses eingerissen habe. Nicht seien die Bewohner auf der Wandernach nach einer neuen Behausung. Wir wollen dem Blatt das Wort geben:  
 Dieweil aber die freie Straße kein sonderlich angenehmer Aufenthalt ist, zumal für Leute, so in diesem, in jenen Gebiet ihr sozialhistorisches Zitterbein haben, sich man die einzigen Instanzen der nationalliberalen Partei alsbald auseinanderzusetzen; nach den unterschiedlichsten Verbindungen und den Gütern der verschiedenen Parteien zu. Und ein jeglicher versuchte in die neue Stadt einzubringen, was er aus der alten gerettet hatte: ein weiches Damentüschchen der eine, auf dem sich lauften rufen läßt; ein Nachtschinken mit gekochten Nieren der andere; der dritte dieses oder jenes... Geschirr; einen Bismarck aus Glas zur Zierde einer Ecke der vierte.  
 Darob ward dem Familienoberhaupt bange in seinem Gemüte, als er solchermaßen die Seinen auseinanderlaufen sah, und die Sorge ergreif ihn, er möchte, so nicht Einhalt geschähe, sich alsbald allein in weiter Ferne. Und er ging daran, eine neue Stütze zu bauen, den Seinen zur ersten Unterflur. Aber siehe da: er ward der Mühe überhoben; denn es der ersten Stein gefunden, daraus eine Grundmauer zu bauen, stand,

war noch etwas lustig und nicht eben weidlich, aber doch immerhin behausbar, ein anderes neues Weltwort: „Demokratische Partei“ geheißen.

Die Volkstimme ist indes, so schadenfroh sie sich gebildet, doch nicht ganz ohne Sorge. Sie fürchtet nämlich den Einfluß der nationalliberalen Idee im demokratischen Lager. Sie sucht deshalb die alten Demokraten gegen die Nationalliberalen aufzufassen, also Wirtware zu machen in der neuen demokratischen Partei. Es ist ja begreiflich! Denn wenn im demokratischen Lager Wirtware ist, wird die Stofkraft gegen die Sozialdemokratie nicht allzuweit zu fürchten sein. Das tatsächliche Mandat ist also unklar, was durchzuführen. Es wird sich nur fragen, ob man im demokratischen Lager auf diese Kraft hereinfällt. Die Volkstimme steht sehr trübe in die Zukunft und ahnt von der neuen demokratischen Partei Gefahr. Darum sucht sie mit allen Mitteln den vorhandenen Gegenatz zwischen ehemaligen Nationalliberalen und alten Demokraten zu erweitern. Sie prophezeit den Demokraten, daß die nationalliberalen „Kohle“ alles demokratische Vorgehen zusammenfressen werde. Dann werde folgendes kommen, wir führen die Volkstimme im Wortlaut an:

Und der demokratische Hausgenosse, oestern noch Herr seines Hauses, wird in den hintersten Winkel der Stube gedrückt, brav zusehen dürfen, wie es hier und da krummt, und wird auch die Scherben anfertigen dürfen. Während sein nationalliberaler Zimmerherr breitbeinig „hin- und her“ alle Gefährten in Beschlag legt: für sich und seine lieben Tieren.

Wir haben immer geglaubt, daß es Prophezen sind. Wenn wir uns recht entsinnen, kann man sie in 3 Klassen einteilen: Große, kleine und falsche. Unter den beiden ersten haben wir die sozialdemokratischen Prophezen nicht entdeckt. Es mocht auf uns den Eindruck, als ob die eigenen Wünsche die Eltern der Prophezeiung wären.

Für eine Erste Landtagskammer.

Karlsruhe, 22. Dez. Der Geschäftsführende Ausschuss der mittleren Städte Badens hielt vor Kurzem eine Sitzung ab zur Vorbereitung der durch die Revolution geschaffenen Lage, insbesondere über die Frage, wie im neuen Staat die Interessen der Gemeinden und sonstigen öffentlichen Verbände gewahrt werden können. Es wurde folgende Entscheidung angenommen: Der Geschäftsführende Ausschuss des Verbandes der mittleren Städte Badens hält es für eine unbestreitbare Notwendigkeit, daß im neuen Staat den Gemeinden, den Kommunalverbänden und den sonstigen öffentlich-rechtlichen Verbänden, den religiösen Gemeinschaften, den Hoch- und sonstigen Schulen, den oranisierten Berufsständen, den Beamten, Angestellten und Arbeiterorganisationen, den Frauenvereinigungen usw. ein geordneter Einfluß auf die Bildung des Staatswillens gesichert wird. Es ist deshalb für dieselben eine mit dem ihrem Zweck entsprechenden Rechten ausgestattete parlamentarische Vertretung zu verlangen. Hiergegen soll mit den Städteverordnungsstellen und soweit möglich mit anderen Verbänden Fühlung gesucht werden.

Das Murgkraftwerk.

Karlsruhe, 21. Dez. Wie die Bad. Landesztg. hört, hat die badische vorläufige Volksregierung beschlossen, den Kauf des Stromes aus dem Murgkraftwerk nicht der Mittelbadischen Gesellschaft (bestehend aus den Städten Karlsruhe, Bruchsal, Kastatt und drei Verbandsgemeinschaften) zu übertragen, sondern ihn durch den Staat selbst zu beizugehen.

Chronik.

Grüdingen, 23. Dez. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag wurde einem hiesigen Bürger ein Schwein von ungefähr 160 Pfund aus dem Stalle gestohlen. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

Wiesloch, 22. Dez. Zum Bürgermeister der Stadt Wiesloch wurde Stadtrater Georg Walter mit 61 von 64 Stimmen gewählt.

Weihnachtsausstellung im Kunstverein.

Man ist im allgemeinen geneigt, Weihnachtsausstellungen mit möglichst vielen Bildern zu besprechen. Denn jede Ausstellung will schließlich zu Weihnachtsfesten für jeden Kaufwilligen etwas bieten und die vielfältigen Meinungen der einzelnen Käufer auf eine Linie zu bringen, geht wohl nicht an. Doch was uns der Kunstverein heute als Weihnachtsausstellung zeigt, geht bei aller Milde der Beurteilung über die Grenze des dem Entgegenkommen gegenüber dem Kaufpublikum Erlaubten hinaus. Es ist schließlich möglich zu sehen, was der Kunstverein selber für die Verlosung aus der bunten Reihe herausgewählt hat, eine Reihe von 7 Malereien und einer Plastik, die mit Ausnahme der recht gefälligen Plastik von Bäuerlein-Forsheim unter dem Durchsicht der üblichen Kunstproduktion für Haus- und Familienzwecke bleibt. Meiner Meinung nach sollten doch derartige Ankäufe nicht irgend ein paar Leuten zugute kommen, die mit gefälligen Bildern den Winkel führen können, sondern doch wohl Künstlern, die sich zwar noch nicht durchgesetzt haben, aber doch in einer aussichtsreichen Entwicklung stehen.

Wir haben nun einen Rat geistiger Arbeiter, einen Kunstrat, einen Aufführungsausschuss, aber wo haben wir Autoren, die die künstlerische Kraft haben, unsere Künstler zu befrachten? An der Organisation des Kunstbetriebes fehlt es etwa da, wo wahrhaftig starke Kunstfertigkeiten aber sei es empfohlen, den Karlsruher Kunstverein in ganz besonders sorgfältiger Weise zu nehmen. Die ziemlich bedeutende Ankündigung dieses Kunstvereins sollte man bei allen Reformbestrebungen als Wirkungsbereich nicht übersehen.

Über die Malerei, die sich in dieser Ausstellung zeigt, läßt sich nur soviel sagen, daß alle Künstler (mit einigen Ausnahmen dilettantischen Farbengehimmels) einen Zeitbezug besitzen, das man so im allgemeinen „malerische Kultur“ nennen mag. Aber waschichtige Künstlerische Kraft ist nicht in den wenigsten zu eigen. Und noch etwas: wo soll der nicht in den östlichen Verhältnissen bewanderte Jugend und künstlerischen Nachwuchs

1. Mannheim, 21. Dez. Der Arbeiterrat hat in seiner letzten Sitzung folgenden Beschluß gefaßt: „Der Sicherheitsdienst der Stadt Mannheim wird ausschließlich von der Volkswacht im Zusammenarbeiten mit der Staatspolizei ausgeübt. Eine Erziehung der Volkswacht durch Militär darf unter keinen Umständen zugelassen werden. Die badische Volksregierung wird aufgefordert, für die alsbaldige Zurückziehung des in Mannheim eingerückten Bataillons der 110er Sorge zu fragen. — (In Karlsruhe wurde die als Polizeitruppe dort einmarschierte 5. und 6. Kompanie des Gren.-Regts. 109 gegen die 1. und 12. Kompanie des gleichen Regiments ausgetauscht. Wie der Volkstreum dazu mittel, soll der Kommandeur sich eudüchert haben, die 6. Kompanie sei nicht zuverlässig.)

1. Kastatt, 22. Dez. An das hiesige Dienstzimmer der Lokalbahn nach Kastatt wurde zu nächster Zeit eingebrochen. Dem Einbrecher fielen dabei 450 Mk. in die Hände.

Wiedereröffnung des Eisenbahnervereins Leopoldshöhe-Basel.

Leopoldshöhe, 23. Dez. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, wurde vor einiger Zeit von den Bundesbahnen der Schweiz den deutschen und den französischen Behörden bestimmte Vorschläge unterbreitet, die sich für eine baldige Wiedereröffnung des Verkehrs zwischen Leopoldshöhe und Basel, sowie zwischen St. Ludwig und Basel“ ausprechen. Die Verhandlungen sind nunmehr abgeschlossen. Einzelne Details unterliegen noch der Erörterung. Der Verkehr dürfte noch im kommenden Monat freigegeben werden.

Aus anderen deutschen Staaten.

Bolax der Kohlennot in Bayern. Wegen in Bayern herrschender Kohlennot ist der badische Demobilisationskommissar gezwungen, eine 10-tägige Arbeitsruhe für alle gewerblichen Betriebe mit mehr als 10 Arbeitern vom 23. Dezember bis 1. Januar anzuordnen. Die Arbeiter erhalten für den Ausfall eine Entschädigung von 90 Prozent des Verdienstes teilweise auf Rechnung des Staates und der Reichskasse.

Uebergangsmassnahmen.

Die vorübergehende Stilllegung von Betrieben der Metall- und chemischen Industrie.

Die badische vorläufige Volksregierung hat wegen vorübergehender Stilllegung von Betrieben der Metall- und chemischen Industrie eine Verordnung erlassen, wonach Betriebe der Metall- und chemischen Industrie, die Kohle zur Erzeugung motorischer Kraft oder zu Dampf-erzeugung verwenden, während der Zeit vom 24. Dezember 1918 bis einschließl. 4. Januar 1919 stillzulegen sind, sofern in ihnen mehr als 30 Arbeiter beschäftigt werden. Ausgenommen bleiben die Betriebe der Staatseisenbahnverwaltung, ferner Privatbetriebe, die mit dringlichen Aufträgen oder Staatsaufträgen betraut sind und denen die Generaldirektion der Staatseisenbahnen auf Grund der ihr durch diese Verordnung erteilten Ermächtigung die Weiterarbeit gestattet, sowie die Betriebe der Goldwarenfabrikation. Die Stilllegung bezieht sich nicht auf Arbeiter in § 105 c und in § 106 a der Gewerbeordnung erwähnten Art, sowie auf Arbeiter, die ohne Verwendung von Licht und durch Kohle erzeugter Kraft ausgearbeitet werden können. Den Arbeitern, die in der hienach zugelassenen Weise beschäftigt werden, ist auch bei gekürzter Arbeitszeit der volle regelmäßige Tagesverdienst zu gewähren. Die Uebernahme der hienach zulässigen Arbeit darf von den Arbeitern nicht verweigert werden. Für den infolge der Stilllegung entfallenden Lohnausfall erhalten die feiernden Arbeiter Entschädigung. Die Entschädigung wird gewährt für sieben Werktage und beträgt 85 v. H. des regelmäßigen Gehaltsverdienstes, sie ist im Wege der üblichen Lohnauszahlung durch den Arbeitgeber nach Abzug der Beiträge zur reichsgesetzlichen Kranken- und Invalidenversicherung zu zahlen. Die Entschädigung wird nicht gewährt für diejenigen 7 Werktage, an denen in Betrieben der Metall- und chemischen Industrie nach obiger Bestimmung gearbeitet wird.

Auf Nachweis der Auszahlung erteilt die Gemeinde des Betriebsleiters dem Arbeitgeber die gefälligen Entschädigungen und Beiträge bis zur Höhe von 70 v. H. des regelmäßigen Gehaltsverdienstes zurück; den Rest hat der Arbeitgeber entgeltlich zu tragen. Der von der Gemeinde zu erhaltende Betrag gilt als Aufwand der Erwerbslosenfürsorge im Sinne des § 4 der Verordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 13. November 1918.

finden, wenn nicht gerade in einer Weihnachtsausstellung?

Die Plastik zeigt sich wesentlich vortheilhafter. Sie scheint ihren Schwerpunkt — wofür die drei Namen des reifen K. B. Pfeiffer,erner Stoffhaus und Bäuerlein sprechen — nach Forsheim zu verlegen. Was diese drei Künstler ausgestellt haben, zeigt ernstes Wollen und, was besonders Pfeiffer angeht, ein schönes Maß von Zusammenhang von künstlerischer Absicht und Materialbehandlung. G. L. M.

Theater und Musik.

Bad. Landestheater. Zu der am zweiten Weihnachtsfeiertag, mittags 2 Uhr, bei Eintrittspreisen (50 bis 250 Mk.) stattfindenden Aufführung des Lustspiels „Die fünf Frankfurter“ werden keine Vorverkaufsgedühren erhoben.

Hochschulen.

Heidelberg, 21. Dez. Der Große Senat der Universität Heidelberg hat eine Kundmachung erlassen, in welcher er etwaigen Absichten auf Verrückung der theologischen Fakultäten an den deutschen Universitäten entgegen tritt.

Karlsruhe, 22. Dez. Der ordentliche Professor der darstellenden Geometrie und graphischen Statistik, Dr. phil. Hans Mohrmann hat einen Ruf an die Universität Basel erhalten und wird ihm voraussichtlich Folge leisten.

Büchertisch.

Das Zeitalter des Imperialismus mit seiner Entwicklung, die allmählich den Weltkonflikt unvermeidlich macht, schildert in der ihm eigenen padenden Form der bekannte Historiker Dr. Heinrich Friedjung in seinem soeben erschienenen Werk „Auf dem Wege zum Weltkrieg“. Sein Name bürgt dafür, daß wir ein wissenschaftlich hochstehendes Werk bevorzugen Art zu erwarten haben. Wir machen unsere Leser auf die diesbezügliche Anzeige in der heutigen Nummer der Buchhandlung Carl Wod. Berlin SW. 63, Kochstr. 9, besonders aufmerksam. 8018

Aus dem Stadtkreis.

Karlsruhe, 23. Dezember 1918. X Frauenversammlung der Zentrumspartei. Die Zentrumspartei Karlsruhe veranstaltet am Montag, den 30. Dezember, im Stadt. Konzerthaus eine große Frauenversammlung für alle Wählerinnen der ganzen Stadt, in welcher Herr Reichstagspräsident Fehrenbach sprechen wird. Es darf erwartet werden daß alle Wählerinnen zu diesem letzten Appell sich einfinden. Näheres wird in den nächsten Tagen bekannt gegeben.

Der „Bund für deutsche Familie und Volkstraft“ Karlsruhe hat sich mit folgender Eingabe an die städtischen und hiesigen Behörden gewandt: Millionen deutscher Familienväter werden zum erstenmal wieder Weihnachten im Kreise ihrer Familie feiern können. Viele Kinder sind ihren Vätern durch die lange Trennungszeit so entfremdet worden, daß sich erst langsam wieder ein Vertrauensverhältnis einstellen kann. Das Weihnachtsfest soll in allen Mitgliedern der Familie Gefühle der Zusammengehörigkeit wachrufen, die in der gegenwärtigen Zeit von besonderer Werte sind. — In Erwägung dieser Gesichtspunkte füllt sich der „Bund für deutsche Familie und Volkstraft“ verpflichtet, folgende Bitte auszusprechen: Die zuständigen staatlichen und hiesigen Behörden wollen verfügen, daß nach Möglichkeit für alle aus dem Kriege heimgekehrten Familienväter die arbeitsfreie Weihnachtszeit über den zweiten Feiertag hinaus bis zum Sonntag, den 29., verlängert werde. Eine sinnvolle Ausdehnung dieser Verfügung auch auf solche Beamte, Angestellte und Arbeiter, die zwar nicht Familienväter sind, aber das Weihnachtsfest im Kreise ihrer Familie erleben wollen, wäre zu begrüßen. — Wir bitten ferner darum, auch für den Fall, daß auf dem Wege der Verordnung dem geäußerten Wunsch nicht in vollem Maße entsprochen werden kann, in einem öffentlichen Aufruf an die Geschäftsinhaber und die Leiter größerer Betriebe in der angegebenen Richtung wirken zu wollen. Die Gewährung der verlängerten Ruhezeit müßte selbstverständlich unter Fortzahlung der Vergütungen geschehen.

Durchgang der Festsalle. Montag, den 23., und Dienstag, den 24. Dezember, wird die Festsalle zwecks Vertilgung von Ungeziefer nach den Vorschriften des Kriegsministeriums mit Gammelferrosulfat durchgall. In Anbetracht der Gefährlichkeit des Gases in dreifacher Höhe wird die Gefährzone durch Kisten abgesperrt, welchen jebermann folgen zu leisten hat. Es wird gebeten, den Strahenverkehr nicht durch Stehenbleiben aufzuhalten. Das zur Anwendung gelangende Gammelferrosulfat ist auch außerhalb der Gefährzone schon in geringen Mengen an seinem Geruch, wie Bittermandelöl, erkenntlich, ohne jedoch der Gesundheit zu schaden.

Anfall mit Todesfolge. Ein 11 Jahre alter Schüler spielte gestern nachmittag im Zimmer seines der Volkswache angehörenden älteren Bruders in der Akademiestraße mit seinen geliebten Dienstpistole. Die Waffe entlief sich und die Kugel drang einem jüngeren, achtjährigen Bruder in den Hals. Der schwerverletzte Knabe wurde mit einer Prothese nach dem Diakonienhaus gebracht, wo er bei der Einlieferung starb.

Ueberziehervorfälle. In einem hiesigen Hotel wurden gestern nachmittag zwei Reisenden die Ueberzieher im Werte von 300 Mk. bezw. 150 Mk. durch noch unbekante Täter entwendet.

Wilderer. Ein Hundswald nahmen gestern nachmittag Forstbeamte 2 Fuchshunde aus Gersfeld bezw. Sinsheim mit, welche mit Stiefeln und unbeschäftigt jagten.

Verhaftet wurden: Ein hier wohnender Metzgermeister aus Eppingen wegen Schleichhandels und ein Tagelöhner aus Schilberg wegen Diebstahls.

Ein- und Ausreise-Erlaubnis.

Berlin, 22. Dez. (M.A.N.) Die deutsche Waffenstillstandskommission ist nach der Entscheidung der Alliierten nicht in der Lage, Ein- und Ausreise-Erlaubnisse in die besetzten Gebiete zu erteilen oder zu vermitteln. Sämtliche Erlaubnisse müssen an die lokalen alliierten Militärbehörden gerichtet werden. Deutsche Waffenstillstandskommission.

Zur Lage im Osten.

460 Deutsche von Volkswaffen erschossen. Berlin, 22. Dez. (Zuntspuch Nauen.) In Westau wurden 460 Deutsche von Volkswaffen erschossen, weil sie bolschewistischer Bewegung beizugehört wurden. Sie wurden in einzelne Gruppen eingeteilt und mußten sich die Gäber vorher selbst graben. Jede folgende Gruppe mußte die vorher erschossene Gruppe beerdigen (1) Zahlreiche weitere Bewohner wurden verhaftet, weil sie während der Anwesenheit der Deutschen amtliche Stellungen eingenommen hatten. Ueber ihr Schicksal wurde noch nicht entschieden.

Der bolschewistische Einfall in Estland und Lettland.

Der bolschewistische Einfall in Estland und Lettland vollzieht sich systematisch. Die Verhandlungen des deutschen Zentralstabes mit den Bolschewisten über die Freistellung einer nicht zu überwindenden Demarkationslinie verliefen ganz ergebnislos. Ein bolschewistisches Heer von 4 Divisionen, das von Rostoff konzentrisch in Richtung auf Witau vordringt, besetzt bereits Paldjowas. Auch in Walf einbezogene bolschewistische Bortruppen beginnen den Marsch auf Riga. Der lettlandische Kriegsminister Soglad äußerte, er sehe die gegenwärtige Lage als sehr ernst an; die Rätetruppen seien gut ausgerüstet und von beträchtlicher Stärke. Er beabsichtigt die allgemeine Mobilisierung. Ueber dringend nötige Entschlüsse werde z. Bt. in Reval verhandelt. (Zuntspuch.)

Silfurn aus Reval und Estland.

Stockholm, 23. Dez. (M.A.N.) Laut Stockholm Dagbladet lehrte gestern der schwedische Konsul in Reval nach Stockholm zurück und unterbreitete den hiesigen Behörden ein von sämtlichen Konsulaten in Reval unterzeichnetes Vitzgesuch, das die schwere Lage in Reval und Estland schildert und zur Hilfeleistung auffordert.

Finland für die Estländer gegen den Bolschewismus.

Helsingfors, 20. Dez. (M.A.N.) In Finland setzt eine Bewegung zur Unterstützung der stammverwandten Estländer gegen den russischen Bolschewismus ein. Zunächst ist die Abwendung von Sanitätspersonal und Material beabsichtigt. Ein Marsch aus Mit-

gliedern aller Parteien, auch der Sozialdemokraten, hat die Leitung übernommen.

Das Direktorium der ukrainischen Volksrepublik. Kiew, 20. Dez. (M.A.N.) Das Direktorium der ukrainischen Volksrepublik richtete an die Entente Mächte eine Note, worin sie darlegt, daß das ukrainische Volk in seinem Staat selbst Ordnung schaffen kann und daß das Direktorium die vom Entente erbetene Waffenhilfe nicht benötigt. — Den Mächten zufolge befehligten die Direktoriatruppen Odessa mit Ausnahme der Hafenzone, welche von der Entente und polnischen Legionen besetzt ist. Ferner befehligten die Direktoriatruppen Tschernigo. Ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Heere zieht den Verlust der Ansprüche auf Landanteile nach sich. Am 19. Dezember zogen Ataman Petljura und das Direktorium in Kiew, von der Bevölkerung begeistert empfangen, ein.

Postverbindung mit der Ukraine unterbrochen.

Kiew, 22. Dez. (M.A.N.) Die Postverbindung mit den deutschen Truppen in der Ukraine ist unterbrochen. Die Truppen befinden sich wohl auf.

Flüchtige deutsche Gutsbesitzer.

In Danzig eingetroffene Transportdampfer brachten 50 Familien deutscher Gutsbesitzer, die aus den russischen Ostprovinzen unter Zurücklassung von Hab und Gut flüchteten.

London, 21. Dez. (M.A.N.) Reuter erfährt: Präsident Wilson und Frau Wilson werden am 26. Dezember in London eintreffen und Gäste des Königs im Buckinghampalast sein. Ueber die Dauer ihres Aufenthaltes ist noch nichts bekannt.

Karlsruher Standesbuch-Auszüge.

Gehausgebote. 20. Dez.: Hermann Stoeber von Othersede, Reichsbank-Assistent in Charlottenburg, mit Jenny Meyer von hier; Dr. Franz Rosenfeld von Mannheim. Rechtsanwalt in Mannheim; mit Jenny Verneimer von hier.

Geburten.

21. Dez.: Jakob Rind von Mannheim-Räfertal, Händler hier, mit Karoline Kneckerdt Bmo. von Reutrid; Philipp Rod von Gattenhofen, Eisenhändler hier, mit Dina Steidel von Wiesloch; Karl Rätzel von Fochheim, Schreiner hier, mit Katharine Siegler von hier; Ludwig Webersdörffer von Fiedelbach, Küfer hier, mit Karoline Kaufmann von Haid; Franz Gerlemann von hier, Schlosser hier, mit Luise Abert von hier; Adam Schwein von Oberluisstadt, Fleischer hier, mit Elise Schleifer von hier; Hermann Ewerbeck von Brack, Lehrer an der Kunstgewerbeschule Fochheim in Fochheim, mit Anna Prael von Frankfurt; Dr. Franz Anshaus von Heidenheim, Rechtspraktikant hier, mit Sofie Staudt von Würzburg; August Müller von Rottweil, Kaufmann hier, mit Luise Wilhelm von hier; Heinrich Schmale von Biegenried, Küchenermeister in Rühl, mit Elisabeth Piager von Rhenach. Geburten. 15. Dez.: Erich Carl, Vater Stefan Plattmann, Kaufmann. — 17. Dez.: Beatrice Maria Helena, Vater Franz Wegner, Ing. — 18. Dez.: Erwin, Vater Anton Brütz, Fuhrmann. — 19. Dez.: Eva, Maria, Vater Emmerich Gault, Dr.-Ing. Chemiker.

Todesfälle.

19. Dez.: Irma, alt 2 Monate 2 Tage, Vater Willi Cronen, Tagl.; Barbara Schäfer, ledig, Rüdgenmädchen, alt 63 Jahre. — 20. Dez.: August Steinhelm, Chemann, Schuhmacher, alt 65 Jahre; Wilhelm Vetter, alt 66 Jahre, Witwe von Karl Vetter, Schneider; Klara Stiefel, ledig, Fabrikarbeiterin, alt 36 Jahre; Ludw. Weber, Chemann, Oberrevisor, alt 69 J.

Stadtgarten.

Wegen Durchgang der Festsalle muß vom 23. bis einschl. 26. ds. Mts. der nördliche (alte) Stadtgarteneingang geschlossen bleiben. Jahreskarteinhaber können während dieser Zeit den Eingang Ellingerstraße 8 benutzen. 5228

Stadt. Garten Karlsruhe.

Druckarbeiten-Vergabung.

Die aus Anlaß der verfallenden Nationalversammlung erwandenen Druckarbeiten sollen im Wege des Anzeigens in Verlegung gegeben werden. Die Angebote sind bis längstens am 4. J. Mts. vormittags 10 Uhr habier einzureichen, wo auch die Vertragsbedingungen zur Einsicht anliegen. 5230

Archivariat der Zweiten Kammer.

Weißer Käse.

Verkauf von weißem Käse in den Fetterkaufsstellen Nr. 247 und 248 von Dienstag, den 24. Dezember bis Freitag, den 27. Dezember 1918 einbl. an die eingetragene Kundliste gegen die Lebensmittellkarte J. Nr. 101. (Kostmenge 1/2 Pfund: Preis M. 1.— für das Pfund.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Meiner werten Kundschaft zur gefälligen Kenntnisnahme, dass ich seit heute unter

Adolf Zimmermann.

Blechnere- und Installationsgeschäft Karlsruhe, Waldhornstraße 46.

Bad. Landes-Theater zu Karlsruhe.

Montag, den 23. Dezember 1918. Montagsmiete Nr. 14.

Und das Licht leuchtet in der Finsternis.

Drama in vier Aufzügen von Graf Leo Nikolajewitsch Tolstoj. Uebersetzung und Bühnenbearbeitung von Heinrich Stümcke. Ende 1/10 Uhr.

Regungsbüro vertretbarlich: In Karlsruhe durch Träger Nr. 1.55 (b. d. Reichsbankstelle monatl. Nr. 1.22) auswärts (Deutschland) durch den Postamt Nr. 5. — ohne Beiträge! Ausland durch Post oder Kreuzband. Der Einzelverkaufspreis jedes Ausgabe beträgt 10 Pf.

Zur neuen badischen Oberlandesgerichtsrat.

Die am 5. Januar 1919 veranlassung hat die Aufgab eine neue Verfassung zu geben eines Borentwurfs hat die rung einen Auswurf eingeleitet. Präsident des Bormal Glöckner und den Stadt- und Dr. Dieb. Ueber die war die Bad. Landesrat in der Nummer vom 11. Dezen, daß die erste Verfassung Entwurf einer Verfassungs- (Botschaft Baden) ausgearbeitet sein begann die Bad. Landesrat auf mehrere Artikel berechtigt den Entwurf in den zu geben, insbesondere auch die Bildung einer ersten Kammer veröffentlichte Dr. in der er feststellte, daß er selbst nur in feiner Weise auch vollständig ausgearbeiteten des Einmessen in den Programms vorlegen werde. Kürzige Volksregierung bedacht 12. Dezember 1918 veröffentlichten Präsidenten mit dem Vorgehen. Sie betont darin, daß des Erachtens der Arbeiten keine Kenntnis erhalten habe, fassung, bei der es sich nur in Neufassung handeln könne, mißbillige und entschlossen sei, selber sammeln vorzuliegen die Bildung einer ersten Kammer zu beschließen. Die Bad. Landesrat veröffentlichte ab. Inzwischen hat das Ausst. Weill im Karlsruhe 15. Dezember 1918 „Vorläufige Verfassung“ veröffentlicht. Arbeiten des Ausschusses nicht wird man annehmen dürfen. Beizentücken dem Entwurf ein Mehrheit des Ausschusses ab den Inhalt des von Herrn A. gestellten Gegenentwurfs ab. (M.A.N.) Nr. 284 bis 285. Schrift „Zum Entwurf einer fassung“ veröffentlichte, sehr von Auffassen weitgehendst erläutert darin die Stellung an neuen badischen Verfassung das Erörtert Programm, welches die Verfassungsgesetze die badische Sozialdemokratie.

Das Zentrum um hat abgelehnt.

Das Zentrum um hat abgelehnt, in dem Vorkaufstraf an noch nicht Stellung genommen es sich entziehen, schon jetzt die wichtigsten in Betracht geben, von deren Entscheidung der Nationalversammlung die abhängen wird, den sich das b. erstellen will.

A. Geseppel.

Nach der bisherigen Verfall die abgegebene Gewalt durch unter Mitwirkung der St. n. geübt. Zum Erfolg eines Jernern“ notwendig; dem Großbeleg zu „befähigen und zu kann zu machen. Nach dem W. ausschließlich das Volk die der Staatsgewalt und damit sein. Das Volk kann nun er gebunnsrecht vollständig einer Volksvertretung überlassen selbst eine unmittelbare Gewalt des Volksvorstehers (Initiative) und der Volkskraft (um) vorbehalten. An Amerikaner Rechtszustand kann kommen, es nicht einer auf dem Kammer eine Mitwirkung sollte. Die Mehrheit des vorhat sich, nach der Mitteilung der für dieses Zweikammer Es wird auch mitteilt, in m den Kammeren zusammengebe wie sich ihre Mitwirkung bei halten wird.

In die erste Kammer.

Die erste Kammer der badischen Verfassung hat die Aufgabe, die Verfassungsgesetze zu beschließen. Die Kammer wird aus 30 Mitgliedern bestehen, die von den Bürgern der Städte über den Kreis der Bürgermeister der freien Städte, die reichs- und landesherrlichen Anstalten, meindebeamten einschließl. die bestimmte Anzahl von Abgeordneten. Außerdem sollen Kraft der Kammer angehören: 1. der Erben der Reichs- oder der Erben der freien Städte, die Präsidenten des Landtags, die Oberbeamten des Landesrats und des Ver. 1. die Oberbürgermeister von 10 Städte. Bei dieser Aufzählung